

Terminvorschau

Vom 15. bis
20. Januar 1979

Montag, 15. 1.

Vorstandssitzungen der SPD und der F.D.P.

Dienstag, 16. 1.

Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.

Petitionsausschuß

Petitionen

Mittwoch, 17. 1.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 18. 1.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Ausschuß für Schule und Kultur

Haushaltsgesetz

Ermittlung der Zahl der Lehrerstellen – 13. AVOzSchFG

Freitag, 19. 1.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Haushaltsgesetz

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß betr. die Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft

(öffentliche Sitzung, Beginn: 10.00 Uhr, Raum 124)

Vernehmung der Zeugen

Funktionalreform . . .

Fortsetzung von Seite 8

Herbert Neu als Sprecher der F.D.P.-Fraktion sieht mit Sorge auf den Zeitplan des Ausschusses und bat den Innenminister, die zusätzlichen Wünsche des Ausschusses möglichst bald im Kabinett vorzutragen. Weitere Vorlagen der Fachressorts hätten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie noch während des Monats Februar vorlägen.

Für die Opposition bemängelte Dr. Worms das von der Landesregierung praktizierte Verfahren. Die Landesregierung müsse zügiger Stellung nehmen zu dem Referenten-Entwurf des zweiten Gesetzes zur Funktionalreform und auch zu dem Zwischenbericht der Landesplanungsbehörde zum Landesentwicklungsplan I/II. Die Meinungsäußerung der Landesregierung sei vor den Stellungnahmen der Fraktionen unverzichtbar. Insofern sei die schleppende Verfahrensweise des Kabinetts enttäuschend.

Ausschußvorsitzender Einert (SPD) faßte zusammen: Das Ergebnis der bisherigen Funktionalreform sei größer als für Außenstehende zunächst erkennbar. Das zweite Gesetz müsse zügig vom Kabinett verabschiedet und dem Landtag zugestellt werden. Weiterhin müsse von allen Seiten so schnell wie möglich entschieden werden, ob die Teilbereiche, die von den Fraktionssprechern als einigungsfähig und entscheidungsreif bezeichnet worden seien, wie zum Beispiel die Schulaufsicht, in Angriff genommen werden sollten.

Porträt der Woche



Lutz Koch (SPD)

Er war einer der Rebellen gegen die Neuordnung des Duisburger Raums im Zuge der zum 1. Januar 1975 wirksam gewordenen Gebietsreform. In Walsum unterstützten er und seine Parteifreunde massiv das Volksbegehren gegen das Gesetz: 90 Prozent der Bürger traten mit ihrer Unterschrift damals für das Volksbegehren ein. Wenngleich der Einsatz vergeblich blieb, weil das Volksbegehren nicht die landesweit erforderliche Zahl von Unterschriften erhielt, so ist doch das Engagement für die Sache der Bürger vielleicht ein Grund dafür gewesen, daß bei der Landtagswahl im Mai 1975 Lutz Koch den Wahlkreis 79 für die SPD mit einem besseren Ergebnis gewann als sein Vorgänger. Und vor allem: dies geschah, als allgemein die Sozialdemokraten geringe Einbußen gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl 1970 hinnehmen mußten.

In den Landtag gekommen, hat Koch sofort versucht, dort Einfluß zu nehmen, wo er korrigieren kann, was die Neuordnung nach seiner Meinung nicht geschafft hat. Er arbeitet im Ausschuß für Landesplanung aktiv mit. Dieser Ausschuß des Parlaments ist einer der wichtigsten für die Vorberatung und Ausformulierung der Gesetzentwürfe zur Funktionalreform. „Die Gebietsneuordnung drehen wir nicht zurück“, sagt Lutz Koch, „aber wir können mit der Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben und Zuständigkeiten jene Versprechen einlösen, die wir mit der Gebietsreform gegeben haben.“ Ziel sei es, die Gemeinden zu stärken. Jetzt gelte es, die Inhalte festzulegen.

Nicht nur in der Neuordnung, auch in anderen Fragen vertritt Lutz Koch, vor 41 Jahren (13. Januar 1938) in Duisburg geboren, eine Meinung, die nicht unbedingt der Mehrheitsmeinung entspricht. So ist er beispielsweise strikt dagegen, daß ein Landtagsabgeordneter Berufspolitiker sein soll. „Spätestens nach zwei Legislaturperioden geht der Kontakt zur Arbeitswelt, der für einen Politiker unerlässlich ist, verloren.“ Für sich selbst hat er daraus die Konsequenz gezogen. Er arbeitet nach wie vor als

Abteilungsbereichsleiter in der Datenverarbeitung eines großen Unternehmens, zuständig für Programmierung und Systemanalyse. Gegenwärtig stehen die Planungen einer elektronischen Steuerung für Walzwerke auf dem Programm. „Bei der schnellen technischen Entwicklung kann man es sich nicht leisten, dem Beruf länger fernzubleiben, sonst hat man keinen mehr.“

In die Politik ist Koch, der aus einer parteipolitisch nicht engagierten katholischen Arbeiterfamilie stammt, über die IG Metall gekommen. „Und wenn man in der Gewerkschaft ist, bekommt man zwangsläufig Kontakt zur SPD.“ Er schränkt ein, daß es meistens nicht zur Mitgliedschaft führt. Bei ihm und einem Bruder war es anders.

Der „links von der Mitte stehende Pragmatiker“ büffelte sich in einem Alter, in dem er schon verheiratet und Vater eines Sohnes war, in sechs Semestern Technischer Abendschule vom Elektrotechniker hoch. „Das war hart.“ Diese Erfahrung mag es sein, die ihn heute dazu bringt, „für den Bürger da zu sein“, und zwar für alle, nicht nur die Freunde aus der eigenen Partei. Ihre Bitten, Anregungen und ihre Kritik versucht er da, wo es geht, umzusetzen in praktische Politik. Bei soviel Engagement ist ihm eine 60-Stunden-Woche sicher. Sonntags wird dann die Post erledigt. Für Hobbies – Tennis, Segeln, Musikhören – bleibt nicht mehr viel Zeit übrig. Der Sohn, der bald sein Abitur „bauen“ wird, ist seit zwei Jahren in der SPD. „Aber nicht auf Zureden des Vaters; solche Entscheidungen muß jeder allein treffen.“ Karl Lohaus